



liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte
ausgabe oktober 2010

Herausgeber, V.i.S.d.P

Dr. Maren Jasper-Winter
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia Bandow,
Anno Blissenbach, Ingo Kamps,
Kurt M. Lehner, Justus Leonhardt,
Katja v. Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner Schmidt,
Tim Stuchtey

Autoren dieser Ausgabe

Sebastian Ahlefeld, Ralf Breitgoff,
Bärbel Freudenberg-Pilster,
Mathia Specht-Habbel, Rupert
Graf Strachwitz, Roland Zielke

Leserbriefe

Kay Ehrhardt, Jan Losemann,
Christoph Sprich

FDP Berlin-Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-gendarmenmarkt.de
www.fdp-hackescher-markt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen
geben die Meinung ihres Autors
wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central

ausgabe oktober 2010



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

die schwarz-gelbe Bundesregierung und unser liberales Element derselben haben in Performance und Kommunikation in den vergangenen Monaten erfreuliche Fortschritte gemacht, welche sich in der Medienrezeption allmählich widerzuspiegeln beginnen. In den „Sonntagsfragen“ zu Wahlabsichten der Bürgerinnen und Bürger leider noch nicht, da hat die Partei der Freiheit zuletzt wieder neue Tiefpunkte erreicht. Es mag dem einen oder anderen verführerisch erscheinen, einfach auf das Ankommen von Anerkennung für zielstrebigere politische Arbeit in der öffentlichen Meinung zu warten. Dies umso mehr, als dem bekennenden Liberalen auch dieser Tage nicht nur Respekt und Liebe entgegenschlägt. Der Weg der Bequemlichkeit ist allerdings nicht hilfreich, da in der modernen Kommunikations-Demokratie dem Setzen der Agenda eine wesentliche Rolle zukommt. Ob im Kreise der Familie, der Freunde oder in den Weiten des Internet: Was Sache ist, das entscheidet der, der spricht.

Besonders relevant ist diese Situation für uns hier in Berlin, wo im kommenden Jahr gewählt wird. Die unermüdliche Arbeit unserer AGH-Fraktion und der Gremien des Landesverbandes, unaufgeregt koordiniert vom Vorsitzenden Christoph Meyer, wollen und werden wir im Bezirksverband Mitte mit unseren Mitteln unterstützen. So haben wir beschlossen, für den 02. Dezember zu einem Kandidaten-Caucus laden, um möglichst frühzeitig und möglichst qualitätsorientiert interne Debatten abschließen und mit ganzer Kraft den Wettstreit mit den anderen Parteien aufnehmen zu können. Ein bezirkliches Wahlprogramm, in welches wir nicht weniger Ambition investieren sollten als der Landesverband dankenswerter Weise in das Landeswahlprogramm steckt, ist unter der Leitung unseres BVV-Fraktionsvorsitzenden Peter Pawlowski in Arbeit.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Freiheit ist der Kern der
universellen menschlichen Werte.

Liu Xiaobo u.a. („Charter 08“)

Programmatischer Aufbruch am Einheitswochenende in Berlin-Mitte

von Maren Jasper-Winter

Bei uns in Mitte trafen sich auf Einladung der Bundespartei am vergangenen Samstag ca. 1000 FDP-Mitglieder zum „Freiheitskongress“ im BCC am Alexanderplatz. Der von Generalsekretär Christian Lindner und seinem Team organisierte Kongress war in mehrfacher Hinsicht höchst interessant. Er war einerseits Startschuss für ein neues Grundsatzprogramm, das sich die FDP geben möchte – schließlich sind die Wiesbadener Grundsätze aus dem Jahr 1997 schon 13 Jahre alt. Zum anderen ließ er tief blicken in die Seele der FDP.



Den richtigen Ton traf Christian Lindner mit seiner Eröffnungsrede: Intellektuell anspruchsvoll, jedoch die politische Botschaft in klaren Sätzen formulierend. Die darauf folgenden Impulsreden von externen Professoren, einer jungen Unternehmerin und Buchautoren orientierten sich an den Begriffen „Bürger“, „Selbstbestimmung“, „Initiative“, „Zukunft“ und „Markt“. Die externe Brille der Redner war erfrischend, auch wenn man nicht alle Thesen teilte. Die Lust der Liberalen an der inhaltlichen Auseinandersetzung war deutlich im Auditorium und in den anschließenden Panels spürbar.

Spürbar war auch, dass die Anwesenden sich einig waren, dass in der Vergangenheit taktische Fehler gemacht wurden. So erhielt die Vorsitzende der Jungen Unternehmer den größten Applaus, als sie die Ressortverteilung der Bundesregierung kritisierte; ihrer Ansicht nach hätte die FDP das Finanzministerium übernehmen müssen. Auch sehr große Zustimmung erhielt sie für die These, dass die FDP emotionaler auftreten und sich neu erfinden müsse.

Einen Kontrapunkt dazu setzte der Bundesvorsitzende Westerwelle in seiner darauffolgenden Rede. Er rief dazu auf, nicht sämtliche Inhalte über Bord zu werfen, sondern zu dem Gesagten zu stehen – auch in Zeiten schlechter Umfragen. Hierfür gab es Applaus – aber verhalten. In der einige Tage später stattfindenden Regionalkonferenz in Halle rief er sehr energisch dazu auf, offensiv für die Liberale Sache zu werben. Er reagierte mit seinem engagierten Abschlussstatement auf die zuvor durch die Mitglieder geäußerte Kritik am Kurs der FDP in den vergangenen Monaten. Diese engagierte Rede, aber auch die Möglichkeit, offen mit der Bundesspitze zu diskutieren, zeigen, dass die Regionalkonferenzen sinnvoll und notwendig sind.

Großen Applaus erntete der Bundesvorsitzende auf dem Freiheitskongress, indem er den Tag der deutschen Einheit an diesem historischen Wochenende würdigte. Gerade in Berlin-Mitte, in einem Bezirk, in dem wir uns tagtäglich an Orten selbstverständlich bewegen, an denen vor gut 20 Jahren die Mauer stand, können wir froh und dankbar über die Revolution von 1989 sein. Erinnert an die Trennung werden wir an vielen Orten: z.B. in der phantastischen Gedenkstätte Bernauer Straße.

Der erste bereits realisierte Teil der Gedenkstätte auf dem ehemaligen Mauerstreifen vollbringt es, anschaulich und gehaltvoll an die Geschehnisse auf dem früheren Grenzstreifen zu erinnern. Er hat es aber auch geschafft, die Gegend an der Bernauer Straße neu zu beleben: Touristen, Familien mit Kindern, Gruppen junger Leute erkunden den Streifen mit dem nachempfundenen Stück Mauer, der modernen Kirche und den Informationstafeln. Es ist gut, einen Ort zu haben, an dem man sich erinnern und informieren kann. Denn bald werden auch die letzten Lücken, etwa am Leipziger Platz geschlossen sein.

Wir sollten uns immer wieder vergegenwärtigen, dass es nicht selbstverständlich ist, in der Nähe des Alexanderplatzes auf einen „Freiheitskongress“ zu gehen, um über Ziele und Inhalte liberaler Politik zu streiten. Wir sollten den Diskurs genießen – auch wenn wir sicherlich nicht immer einer Meinung sind über die kleinen und großen Strategien.

Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte

Wir brauchen eine politische Neuordnung

von Rupert Graf Strachwitz

Vor kurzem hat der „Tagesspiegel“ Ergebnisse einer Studie veröffentlicht, wonach 90% der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Politiker heute für unehrlich halten. 2002 waren es 50%. Für 85% sind Politiker heute keine Vorbilder mehr (2002: 42%). Dieses Ergebnis spiegelt einen Trend wieder; dies bestätigen zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre. Das Vertrauen in Parteien, Politik und Politiker ist dramatisch gesunken.



Im Klartext heißt das, dass unsere politische Ordnung historisch gesehen ihr Überleben nur dem Fehlen einer Alternative oder vielleicht auch nur dem Fehlen von charismatischen Führern verdankt, die eine Gegenbewegung in Gang setzen könnten. Wir befinden uns mitten in einer schweren Krise unseres politischen Systems. Wer davor die Augen verschließt oder dies bestreitet, ist naiv oder borniert oder beides. Um den historischen Vergleich zu bemühen: Fast jede Revolution ist durch die Mächtigen des jeweils alten Regimes ausgelöst worden, die nicht sehen wollten oder konnten, was die Uhr geschlagen hatte. Dies muß uns zutiefst beunruhigen, denn wir sind allesamt und aus guten Gründen so sozialisiert, daß wir unsere Form von Demokratie, flankiert von der Herrschaft des Rechts und der sozialen Marktwirtschaft für das beste System halten, das wir je hatten und von dem wir auch nicht abrücken wollen.

Nun ist es, von sehr kleinen Randgruppen abgesehen, nicht so, daß die Bürger kein Vertrauen mehr in die Demokratie haben. Im Gegenteil: Sie halten diese für korrumpiert, ja verraten von den politischen Akteuren und fordern ihre Wiederherstellung, Kräftigung und Weiterentwicklung ein. Der Vertrauensverlust der Parteien hängt auch damit zusammen, daß großen Organisationen generell mehr und mehr mißtraut wird. Dies bekommen auch Gewerkschaften, Kirchen und große Vereine empfindlich zu spüren.

Dass in einer Zeit globaler und hierarchiefreier Kommunikation mit der Chance, ständig neue Netzwerke und Verbindungen zu bilden, Strukturen des 19. Jahrhunderts für kollektives Handeln nicht mehr genügen, liegt auf der Hand. Der Wunsch nach Identifikation, Integration und Partizipation ist darüber hinaus desto leichter zu realisieren, je überschaubarer die Gruppe ist. Und nachdem gerade diese Ziele mehr und mehr im Vordergrund der Gemeinschaftsanstrengungen der Bürger stehen, ist die Hinwendung zu kleinen und Abkehr von großen Strukturen die unausweichliche Konsequenz.

Angesichts des akuten Handlungsbedarfs, der sich daraus für die politischen Parteien ergibt, ist es unbegreiflich, daß die Politik sich weithin noch mit einem Abwehrkampf gegen neue politische Aktionsformen abmüht, um das überkommene System zu erhalten. Dies ist zum Scheitern verurteilt. Es kommt vielmehr darauf an, sich dem Wettbewerb zu stellen, zu sehen, daß die Willensbildung in drei, vier oder fünf politischen Parteien obsolet geworden ist, Politik zu öffnen für neue Formen der Initiative, Beteiligung und Entscheidungsvorbereitung und daraus Konsequenzen für eine neue Ordnung und die eigene Neuaufstellung zu ziehen. Den alles überwölbenden Staat Hegels gibt es nicht mehr. Heute ist Bürgergesellschaft angesagt. Dazu gehört wesentlich die Erkenntnis, daß in drei Arenen gesellschaftlich wirksam gehandelt wird: im Staat, im Markt und in der Zivilgesellschaft. Jede Arena hat ihre eigene Aufgabenstellung und Handlungslogik. Alle haben ein politisches Mandat und halten je eigene Partizipationsmöglichkeiten vor. Im Wechselspiel zwischen den Arenen werden Ideen entwickelt, sozialer Druck und Kontrolle ausgeübt. Dadurch kann Vertrauen wieder wachsen, aber wohlgerne in eine neue Ordnung.

Als Partei der Freiheit ist die FDP prädestiniert, umzusteuern, für die Bürgergesellschaft zu kämpfen und eine neue Rolle zu akzeptieren. Dies ist sachlich geboten und wäre eine politische Überlebensstrategie. Bisher hat sie kaum erkennen lassen, daß sie diesen Weg gehen will. Hoffen wir, daß sich dies ändert!

[Dr. Rupert Graf Strachwitz \(OV Hackescher Markt\) ist Direktor des Maecenata Instituts an der Humboldt Universität zu Berlin und ehrenamtlich Vorsitzender des Bundesfachausschusses Kultur der FDP.](#)

Klasse starten

von Mathia Specht-Habbel

Im September erhielten die Eltern einer Grundschule in Steglitz einen Brief der Rektorin mit dem Inhalt, wegen des hohen Krankenstandes des Kollegiums könnten die Erziehungsberechtigten die Lage an der Schule entspannen, wenn sie ihre Kinder an einem oder zwei Tagen nicht zur Schule schickten. Ein Armutszeugnis, schon seit Jahren läuft der Streit um die stundenmäßige Ausstattung an Berliner Schulen. Senator Zöllner hält sie für ausreichend, nach Meinung der Eltern und vieler Lehrkräfte ist sie das nicht.



Vor elf Jahren zogen Schülerschaft, Eltern und Lehrerschaft im Sternmarsch gegen Unterrichtsausfall zum Roten Rathaus. Was folgte, waren Reformen auf Reformen: Die Horte-an-die-Schulen-Reform, Ganztagschulen, Jahrgangsübergreifendes Lernen, Flexible Schulanfangsphase und Einführung der Sekundarschulen bei Abschaffung der Real- und Hauptschulen. Viele Ideen, aber das Grundproblem unzureichender Mittel für Lehrkräfte, Betreuung und Räumlichkeiten wurde nicht gelöst. Wo schon die Erteilung des Unterrichts halbtags nicht sichergestellt ist, da jetzt soll sogar etwa 50 % mehr Zeit in der Schule verbracht werden zum gleichen Preis.

Das Problem fehlender Mittel für Schule und Bildung wird ergänzt und überlagert durch die Herausforderung, vor welche uns die wachsende Zahl der Kinder stellt, deren sozialer Hintergrund ihre Chancen auf Lernerfolg dramatisch mindert. Hier wird nun nach mehr, früherer und verpflichtender frühkindlicher Bildung verlangt. Berlin hat ein Sprachlerntagebuch eingeführt und testet alle Kinder mit vier Jahren in ihrer Sprachfähigkeit (bei Nichtbestehen verpflichtet Berlin zu täglicher Sprachförderung). Es hat eine einheitliche Schuluntersuchung 15 Monate vor Schulbeginn; ist das Bundesland mit der frühesten Einschulung; hat ein Ganztagsangebot in der Grundschule.

Unter dem Strich ist der Eindruck verbreitet, dass all die Maßnahmen das Ziel nicht überzeugend erreicht haben. Eltern sind unzufrieden, viele Kinder unglücklich, Lehrer frustriert. Eine höhere Priorisierung der Bildung in dem Haushalt des Landes Berlin erfolgt dennoch nicht, statt dessen sind nun Zwangs-Kitas gegen Eltern und Kinder im Gespräch.

Was will die FDP an dieser Stelle? Wir wollen, ähnlich der in Berlin früher bestehenden und hoch anerkannten Vorklassen, STARTKLASSEN. Dieses bereits im Wahlkampf 2006 von uns vorgeschlagene Konzept entwickeln wir weiter und nehmen neue statistische und wissenschaftliche Erkenntnisse auf. Startklassen sollen sowohl mit Grundschullehrern als auch Erziehern besetzt sein, jeder der beiden ist nötig, sie können sowohl an Kita aber auch an einer Grundschule angegliedert sein.

Bereits heute besuchen 98,7 % aller Kinder im letzten Jahr eine Kita. Wir wollen das Angebot der Startklassen nicht verpflichtend machen, sondern setzen darauf, dass Eltern freiwillig sich dafür entscheiden. Eine Pflicht ist nur bei Nichtbestehen des Sprachlerntests sinnvoll, um jenem Kreis von Eltern zu begegnen, die ihren Kindern notwendige Förderung aus Desinteresse oder „Integrationsverweigerung“ verweigern wollen. Zwangsmaßnahmen mit der Gießkanne hingegen sind weder liberal noch sinnvoll.

Bei der Sprache ansetzen sollten auch alle weiteren Maßnahmen, welche sich den Herausforderungen von „Integrationsverweigerung“ stellen. Zu Recht hat FDP-Generalsekretär Christian Lindner zuletzt wieder betont, wie wichtig eine konsequente Verwendung der deutschen Sprache in den Schulen, einschließlich der Schulhöfe, ist. Aber nicht nur Politiker und Lehrer können etwas tun: Mehr als die Hälfte der Kinder mit Migrationshintergrund besuchen Kitas, in denen fast nur noch Erzieher(innen) Deutsch sprechen. Jede und jeder von und kann sich dafür entscheiden, in diese Einrichtungen zu gehen zum Vorlesen. Es ist keine verlorene Zeit, es ist eine Investition in die Zukunft, bürgerschaftliches Engagement, damit alle Kinder Klasse starten.

[Mathia specht-Habbel ist bildungspolitische Sprecherin im Landesvorstand der Berliner FDP](#)

Zum Thema

Die Gesundheit von morgen

von Bärbel Freudenberg-Pilster



Wohl jedem, der im nächsten Jahr für unsere Partei in immerhin sechs Bundesländern, darunter Berlin, in Landtagswahlkämpfe zieht, hat die in den Medien in erster Linie verbreitete Nachricht, dass die Krankenkassenbeiträge ab dem

nächsten Jahr um 0,6 % auf 15,5 % steigen werden, einen Schreck versetzt. Pauschale Kritik, es müsse mal wieder der Beitragszahler für alles aufkommen, machte die Runde. In einem Interview der Süddeutschen Zeitung wurde Gesundheitsminister Rösler gefragt, wie hoch denn sein Anteil am Niedergang der FDP in den Umfragen sei. Er antwortete darauf, dass sich natürlich jeder in der FDP Gedanken darüber mache, wieso die FDP jetzt da stehe, wo sie steht.

Die Kritiker, auch in den eigenen Reihen, dürften es sich da aber nicht zu einfach machen. So weit, so gut, aber wie sollen wir bei unseren Straßenwahlkämpfen im nächsten Jahr die Politik des Gesundheitsministers erklären? Wir müssen dazu stehen, dass die FDP die einzige Partei ist, die gegen staatlichen Interventionismus und Dirigismus in der Gesundheitspolitik eintritt und dass jede Alternative zur sozialen Marktwirtschaft, auch im Gesundheitsbereich, Misswirtschaft bedeutet. Gesundheit bleibt in Zukunft nur dann finanzierbar, wenn richtig gewirtschaftet wird. Deshalb ist die Abkehr von der von der Großen Koalition eingeführten Regelung, dass der Beitragssatz einheitlich von der Regierung festgelegt wird, und der Wiedereinstieg in den Wettbewerb richtig. Jeder kann künftig wieder die Preisunterschiede zwischen den Kassen auf einen Blick erkennen und Leistungen vergleichen.

Die Umsetzung der Politikvision der FDP ist jedoch, wie auch Herr Rösler lernen musste, tagespolitisch langwieriger als gewünscht. Übrigens: Der Krankenkassenbeitrag betrug bis zum 1. 7. 2009 bereits 15,5 %. Lediglich das von der Großen Koalition im Zusammenhang mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Januar 2009 beschlossene steuerfinanzierte Konjunkturpaket II, das zum Jahresende ausläuft, hatte die Verringerung des Beitragssatzes auf 14,9 % ermöglicht.

Bärbel Freudenberg-Pilster (OV Gendarmenmarkt)

Zum Thema

Mehr als nur eine Parade

von Sebastian Ahlefeld



Am 10. Juli dieses Jahres wurde in Gummersbach der Bundesverband Liberale Schwule und Lesben gegründet. Als einer der ersten Landesverbände der FDP hat Berlin reagiert, am 06. September wurde die Verbandssatzung für den Landesverband Liberale Schwule und Lesben Berlin (LiSL-Berlin) verabschiedet.

Derzeit sind wir mit einer Mitgliederstärke von 19 Personen der größte Landesverband in der LiSL-Familie. Der Verband hat sich zur Aufgabe gemacht, für die Gleichheit, Freiheit und gegen Diskriminierung und Gewalt von Homosexuellen, Bi- und Transsexuellen einzusetzen. Wir Liberalen setzen uns stets für die Menschenrechte und eine offene und tolerante Gesellschaft ein. Die FDP war auch die Partei, welche – mit großem persönlichem Verdienst von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger – in den 90er Jahren den § 175 StGB abgeschafft hat.

Nun sind wir wieder in der Regierung. Ein paar wichtige Punkte wurden im Koalitionsvertrag vereinbart. Da es jetzt in der Frage der steuerlichen Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften ernst wird, sperrt sich der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, trotz Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dies umzusetzen. Sogar die Errichtung der Magnus-Hirschfeld-Stiftung ist durch Schäuble gefährdet. Die Bundes-FDP hat zur letzten Wahl versprochen „mehr zu machen als Rot-Grün je gemacht haben“. Aber wenn wir es nicht einmal schaffen die steuerliche Gleichstellung durchzusetzen, wie wollen wir dann andere Ziele erreichen!

Wir haben noch viel zu tun, von der ehelichen Gleichstellung über das Adoptionsrecht bis hin zur künstlichen Befruchtung von lesbischen Frauen. Auch vergeht kaum ein Wochenende in Berlin ohne massive Übergriffe auf Homosexuelle und Transsexuelle, hier ist Opferschutz und die Aufklärung in Schulen und Familien sehr wichtig. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Vereinen ist ein weiterer wichtiger Punkt in unserer künftigen Arbeit in und um Berlin.

Sebastian Ahlefeld (OV Tiergarten), Landesvorsitzender der Liberalen Schwulen und Lesben Berlin

Aus dem Abgeordnetenhaus

Klimawandel, Elektromobilität und Integration

von Henner Schmidt



Die Grünen werden im AGH immer schwammiger in ihren Aussagen, wohl um ihre hohen Umfragewerte nicht zu gefährden. Zuletzt brachten Sie einen Antrag zu Klimawandel und Klimaschutz und ein, den ich nur noch als „den Gro-

ßen Plan von Allem“ bezeichnen konnte. Von Abfall bis Mobilität, vom demographischen Wandel für zur Haushaltslage: alles wurde unter „Klimaschutz“ einsortiert, ohne jedoch konkrete Maßnahmen vorzuschlagen. Es macht aus Sicht der FDP auch keinen Sinn, die notwendige stadtplanerische Vorbereitung auf den Klimawandel mit Forderungen nach besonders hohen CO₂-Emissionsauflagen für Berlin zusammenzuwerfen, die Berlin besonders belasten, ohne ein weltweites Phänomen beeinflussen zu können. Das ist nur noch abgehobene Ideologie.

Bei einem weiteren aktuellen Thema, dem Einsatz von Elektromobilität in Berlin, fehlt es ebenfalls an konkreten Maßnahmen. Der Senat (und in letzter Zeit auch die CDU) konzentriert sich stark auf die Infrastruktur von Ladesäulen, obwohl inzwischen vielen Experten klar ist, dass die meisten Elektroautos an der Steckdose in der heimischen Garage „tanken“ werden. Vielmehr müssten jetzt Konzepte zur Verknüpfung von Elektromobilität und ÖPNV oder konkrete Mobilitätsangebote für Pendler entwickelt werden. Außerdem ist unbedingt der Wettbewerb der Anbieter zu sichern, den die CDU gern abschaffen möchte. Berlin fällt durch den Mangel an Ideen hinter andere Pilotregionen für eMobilität zurück.

Das Thema Integration wird auch im AGH intensiv debattiert. Mieke Senftleben hat kürzlich zu Recht die Grünen angegriffen, als sie auf deren ablehnende Haltung zur freiwilligen Verpflichtung, Deutsch auf dem Schulhof zu sprechen, kam. Die Hoover-Schule in unserem Bezirk war dabei ja Vorreiter. Der grüne Bildungspolitiker nannte damals auch den Vorrang des deutschsprachigen Unterrichts „Zwangsgermanisierung“. Ich denke, wer den Vorrang der deutschen Sprache in Frage stellt, behindert die Integration.

[Henner Schmidt MdA \(OV Gendarmenmarkt\) vertritt den Bezirk Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand](#)

Aus der Landespartei

Ein optimistischer Blick nach vorne

von Roland Zielke



Im permanenten Wettstreit um die Gunst der Wählerinnen und Wähler gewinnt Dialogbereitschaft und -fähigkeit mehr und mehr an Bedeutung in der politischen Arbeit. Vor diesem Hintergrund haben der Landesvorsitzende Chris-

toph Meyer und die Mitglieder des Landesvorstandes die vergangenen Monate genutzt, um bereits frühzeitig wichtige Weichenstellungen für den bevorstehenden Wahlkampf zu treffen.

Seit der Sommerpause wird unter Federführung von Alexander Pokorny das neue Wahlprogramm der Berliner FDP erarbeitet. Die zeitige Einbindung interessierter Parteimitglieder erwies sich hierbei als erfolgreiche Maßnahme. Auch die Herausgabe der „Berliner Freiheit“ im neuen Format kann als sehr gelungen bezeichnet werden. Christian Platzer als Chefredakteur ist bereits intensiv mit der nächsten Ausgabe beschäftigt, die noch in diesem Quartal erscheinen soll. In wenigen Wochen wird mit der neuen Webseite der Berliner FDP ein weiterer Baustein der Außendarstellung sichtbar. Sirko Schulz und Dr. Martin Dickopp haben mit sehr viel Engagement dem Landesverband einen modernen Webauftritt verliehen. Aktuell führt der Landesvorstand eine Umfrage zum Stand der Wahlkampfplanungen in den verschiedenen Parteigliederungen durch. Dadurch schafft er frühzeitig eine unerlässliche Arbeitsgrundlage zum bevorstehenden Wahlkampf.

Auch thematisch wird die Berliner FDP in den kommenden Monaten ihr Profil weiter schärfen. Der Landesausschuss wird sich in seinen Sitzungen im Oktober schwerpunktmäßig mit dem Thema Integration und im November mit der Gesundheitswirtschaft befassen.

Organisatorisch, personell und thematisch sehr gut aufgestellt kann die Berliner FDP - allen aktuellen Umfragewerten zum Trotz - optimistisch auf den September 2011 blicken.

[Roland Zielke \(BV Tempelhof-Schöneberg\) ist stellv. Vorsitzender der FDP Berlin](#)

Aus der BVV-Fraktion

Aktionismus v. Perspektive

von Peter Pawlowski, Fraktionsvorsitzender

Die Arbeitsagentur hat die Vergabe der sog. Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante (AGH-E) im Job Center Mitte gestoppt. Dadurch kann das größte Job Center Deutschlands Mittel von etwa 10 Mio. Euro bis Ende des Jahres nicht ausgeben. Diese Entscheidung der Arbeitsagentur wirkt auf den ersten Blick befremdend. Die genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass die finanzielle Notbremse, die die Agentur im Falle von Job Center Mitte gezogen hat, ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Was steckt dahinter? Bei den Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante handelt es sich um Maßnahmen, die seit Einführung des SGB II im Jahre 2005 als ein Instrument zur Verfügung stehen, mit Hilfe derer die Beschäftigungsfähigkeit arbeitsloser Bezieher von ALG II erhöht werden soll. „Im Gegensatz zum „Ein-Euro-Job“ sind diese Arbeitsgelegenheiten in der Regel Vollzeitstellen und unterliegen der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung. Die Teilnahme an solchen Maßnahmen dauert häufig nicht länger als sechs Monate und nur in ganz wenigen Fällen länger als ein Jahr“ (Katrin Hohmeyer, Christoph Schöll, Joachim Wolff: IAB Forschungsbericht Nr. 22/2006). Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass die AGH-E nachrangig gegenüber Arbeit oder Ausbildung sind.

Mit anderen Worten, wenn auf dem ersten Arbeitsmarkt entsprechende Stellen vorhanden sind, sind Job Center verpflichtet, auf sie zu zugreifen. AGH-E stellt also eine Art Notlösung für schwervermittelbare Langzeitarbeitslose dar. Doch nicht im Fall des Job Center in Berlin-Mitte. Hier wurden – wie es aus dem Prüfungsbericht der Arbeitsagentur eindeutig hervorgeht – viel mehr Menschen in die AGH-E-Maßnahmen geschickt, als es notwendig wäre. „Bei mehr als der Hälfte (52%) der geprüften Teilnehmer war festzustellen, dass „ultima ratio“ bei der Zuweisung in eine AGH nicht beachtet wurde.“ (Prüfungsbericht, S. 18). Für die FDP-Fraktion ist es ein Skandal und ein Versagen des Stadtrates Stefan von Dassel (Grüne), der das Bezirksamt in der Trägervertretung des Job Centers repräsentiert. Statt Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, werden Millionen von Steuergeldern für Maßnahmen ausgegeben, nach deren Beendigung sich die arbeitslosen Menschen in der gleichen, aussichtslosen Situation befinden wie vorher.

Die FDP forderte deshalb, politische Konsequenzen aus den aufgedeckten Missständen zu ziehen und eine Abkehr von der im Job Center Mitte praktizierten Verfahren einzuleiten. Dazu ist jedoch das BA nicht bereit. Ganz im Gegenteil, Stefan von Dassel kritisierte die harten Maßnahmen der Arbeitsagentur als „unsozial“. Die linke Mehrheit in der BVV (SPD, Grüne und die Linke) folgten seiner Argumentation und lehnten den FDP-Antrag ab. Wieder hat mal die „Gutmenschnpolitik“ über die Vernunft gesiegt. Die einzige Hoffnung ist, dass die Arbeitsagentur öfter – und zwar nicht nur in Mitte – das gesetzwidrige Handeln der Job Center ins Visier nimmt und diese zwingt, das zu tun, wozu sie verpflichtet sind: den Arbeitslosen echte Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00
www.fdp-fraktion-mitte.de

OV Hackescher Markt

Zivilgesellschaftliches Engagement

von Anno Blissenbach, Redakteur des OV

... war Inhalt gleich zweier Mitgliederversammlungen des OV Hackescher Markt: Am Folgetag des 20. Jahrestags der Deutschen Einheit referierte mit Graf Strachwitz ein prominentes OV-Mitglied zu diesem Thema. Der Vorsitzende des FDP-Bundesfachausschusses Kultur & Medien und Direktor des Maece-nata Instituts an der Humboldt-Universität legte in Theorie und Praxis das Trigon der drei „Arenen“ Staat / Markt / Zivilgesellschaft dar, in dessen Zentrum er den Menschen verortet. Dass der gemeinnützige Sektor 5 % des BIP ausmacht und 1,7 Mio. Menschen einen Arbeitsplatz gibt, sei als bemerkenswerte Zahl hier genannt.

Auf der Mitgliederversammlung Anfang September einen Monat zuvor war mit Transparency-International-Vorstand Jochen Bäumel ein Vertreter eben jener Zivilgesellschaft als Referent zu Gast, der mit beeindruckender Sach- und Detailkenntnis die Spielarten dessen darlegte, was von Schlamperei in Politik und Verwaltung über grenzwertige Entscheidungsfindung bis hin zur konkreten Korruption reicht.

Am 24.11.2010 im "Habel": setzt sich das Thema ausenpolitisch fort mit der Veranstaltung: "Welche Politik gegenüber dem Regime im Iran?". Zu Gast sind Dr. Rainer Stinner, FDP-Obmann im Aussen Ausschuss des Bundestages und Aussenpolitischer Sprecher der Fraktion, sowie die deutsch-iranische Soziologin und Publizistin Saba Farzan vom OV Wedding.

OV Tiergarten

Breslau und Integration

von Katja v. Maur, Redakteurin des OV

Der OV Tiergarten hat die verdiente Sommerpause wieder genutzt und steigt – wie gewohnt – mit voller Kraft ins politische Geschehen ein. Bei der traditionellen Klausurtagung konnten, dank Peter Pawlowskis unermüdlichem Einsatz, Liberale Freunde aus unserem Ortsverband und darüber hinaus wieder einmal Kultur, Politik und Unterhaltung miteinander verbinden und einige vergnügliche und erlebnisreiche Tage in ungezwungener Atmosphäre in der niederschlesischen Hauptstadt Breslau verbringen. Die Teilnehmer konnten die deutsch-polnischen Beziehungen vertiefen und auf den neuesten Stand bringen, die Stadt und Kreisau erkunden und neben zahlreichen anderen positiven Eindrücken auch im Kreise der Ehrengäste der Grundsteinlegung der künftigen Philharmonie beiwohnen.

Als weitere Aktivitäten wurden ein neuer Flyer erarbeitet, wichtige Veranstaltungen vorbereitet und zum politischen Brunch (diesmal im Restaurant ProbiertMahl, Dortmunder Straße) als Gastrednerin, aus aktuellem Anlass des Buches von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ zum Tiergartener Kernthema Integration, Patricia Steinmann eingeladen. Als Lehrerin an einer Berliner Gesamtschule in Schöneberg und aktive Tiergärtnerin kommentierte Patricia Steinmann unter der Moderation des stv. OV Vorsitzenden Kurt Lehner, sach- und fachkundig und bereitwillig einige von Thilo Sarrazins Thesen und diskutierte Vorschläge für eine bessere Schulpolitik. Es besteht weitgehend Konsens, dass Bildung, Kindergärten und Schulen eine Schlüsselrolle bei der Integration zukommt. Können die Schulen die ihnen auferlegten Integrationsaufgaben bewältigen? Was funktioniert nicht, und wie könnte es funktionieren?

Das Thema Integration werden wir am 27.10. weiter vertiefen, in einer Diskussionsveranstaltung zur Integrationspolitik mit Serkan Tören MdB.

OV Wedding

Themensammlung

von Claudia Bandow, Redakteurin des OV

Am 28.09. traf sich der OV Wedding zum Vorstandstreffen im Centre Francais. Unter reger Anteilnahme aller Anwesenden wurden Ideen für verschiedene Themen gesammelt, unter anderem Besuch verschiedener Altenheime im Wedding mit „Kaffekränzchen“, damit auch diese Wähler Gelegenheit bekommen die FDP aus ihrem Wahlkreis kennenzulernen. Desweiteren versucht Herr Bade eine Veranstaltung zum Thema Sozialpolitik zu organisieren. Herr Lundkowski berichtete aus der BVV und der in unseren OV gewechselte Volker Imhoff wurde mit der Durchführung des Wahlkampfes 2011 für den OV beauftragt.

Die Weihnachtsfeier wird am 09.12. mit einem Besuch unseres Weddinger Theaters „Gutes Wedding / Schlechtes Wedding“ beginnen und danach lassen wir den Abend in einem italienischen Restaurant ganz in der Nähe ausklingen. Der Termin für die Jahreshauptversammlung wurde auf den 14.01.2011 gelegt.

Junge Liberale Mitte

Liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik

von Justus Leonhardt, Vorsitzender der JuLis Mitte

„Liberale Finanz- und Wirtschaftspolitik“- zu diesem Thema laden am 06. November die JuLis Mitte gemeinsam mit den Bezirken Wuhletal sowie Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln ein. Hintergrund des Seminars ist der Leitantrag zum selben Thema für den Bundeskongress der JuLis (13. und 14.11. in Berlin). Wir freuen uns auf Florian Toncar MdB, der in die Grundsätze liberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik einführen wird. Im Anschluss wird aus wissenschaftlicher Perspektive zum Thema „Finanzkrise – Entstehung, Entwicklung, Auswirkungen“ referiert. Bestens vorbereitet können wir uns dann der Vorstellung und Diskussion des Leitantrages zum BuKo widmen, durchgeführt von Sören Brodersen (Bezirksvorsitzender der JuLis Wuhletal) und Christian Ebertz (Schatzmeister JuLis Mitte, OV Gendarmenmarkt).

Unsere Mitgliederversammlung im November wird ausnahmsweise auf den 11.11. verschoben. Der Vorsitzende des Bezirksselternausschusses, Herr Wiesemann-Wagenhuber, hat sein Kommen zugesagt.

Personalien

(au) Die diesjährige liberale Städtereise („Klausurtagung“) des OV Tiergarten führte Teilnehmer unter der gewohnt kundigen und engagierten Leitung unseres BVV-Fraktionsvorsitzenden in Mitte, **Peter Pawlowski**, nach Breslau. Politische Gespräche unter einander und mit politischen Akteuren in Breslau sowie touristische Elemente bildeten den Rahmen für ein vergnügliches und bereicherndes langes Wochenende. Unter den Mitreisenden aus dem gastgebenden OV der Vorsitzende **Michael Saß**, Stellvertreter **Kurt M. Lehner** (der auch Sprecher unseres Bezirksausschusses ist) und **Antje Pieper**, der OV-Schatzmeister **Michael Herrmann** Ortsverbandsvorsitzender **Donald Tuckwiller** (mit seiner Gemahlin) sowie der Alt-Vorsitzende **Uwe Post**, ebenfalls in ehelicher Begleitung, der Vorsitzende der Liberalen Schwulen und Lesben (LiSL) in Berlin, **Sebastian Ahlefeld**, und **Volker Jach**. Der OV Gendarmenmarkt war in den schlesischen Kirchen und bei schlesischem Gerstensaft vertreten mit unserem AGH-Abgeordneten und Landesvorstandsmitglied **Henner Schmidt** MdA, **Alexander Platonov** und **Gisela Kleemann**, der OV Hackescher Markt mit seinen Stellv. Vorsitzenden Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin** und **Agnes Ciuperca**, der OV Oranienburger Tor mit unserer Bezirksvorsitzenden **Maren Jasper-Winter** und der OV Wedding mit **Hartmut Bade**.

(au) Vier „Regionalkonferenzen“ hat der FDP-Bundesvorstand organisiert, wo die Basis mit der Spitze in Dialog sollte treten können. Der Termin in Halle/Saale sollte auch den LV Berlin abdecken, und in der (wg. zeitlicher Klausurtagung unserer AGH-Fraktion) eher kleinen Berliner Delegation stellte unserer BV Mitte rund die Hälfte: Vom OV Gendarmenmarkt der Stellv. Bezirksvorsitzende und JuLi-Landesvorsitzende **David Issmer**, aus dem OV Oranienburger Tor unsere Bezirksvorsitzende **Maren Jasper-Winter**, die OV-Vorsitzende **Frauke Sander** und Landesvorständler **Christian Platzer** sowie **Ralf Breitgoff**, der die Parteispitze zu einem nachdrücklicheren und auch emotionaleren Streiten für die liberale Sache aufforderte. Aus dem OV Tiergarten war **Volker Jach** da, vom OV Wedding **Hartmut Bade**.

(au) **Martin Lindner** MDB (Steglitz-Zehlendorf) folgte der Einladung unseres BV, über Tun und Lassen der Bundesregierung zu sprechen. Diskutiert wurde insbesondere die Frage des Umgangs mit den Strategien der politischen Konkurrenz. Freude löste Lindner mit der Einschätzung aus, dass die so wichtigen Reformen zur radikalen Vereinfachung des Steuersystems noch in dieser Legislatur angegangen würden.

(au) **Guido Westerwelle**, FDP-Bundesvorsitzender, Vizekanzler und Bundesaußenminister, und sein Lebensgefährte **Michael Mronz** ließen sich vom Oberbürgermeister der Stadt Bonn als eingetragene Lebenspartner trauen. Die Reihe der medialen Gratulanten reichte von der BILD-Zeitung bis hinzu dem (zuletzt allerdings eher lustlos) Regierenden Bürgermeister von Berlin, **Klaus Wowereit** (SPD), welcher selbst in eheähnlichen Beziehung mit seinem Lebensgefährten lebt. Auch politisch hat Westerwelle seinen Partner im Übrigen schon längst an seiner Seite, der einstige CDU-Mann Mronz war in die FDP eingetreten: „Nach 120 Reden des Parteivorsitzenden bin ich vollends überzeugt.“

(au) **Kurt Westergaard**, dänischer Karikaturist, der 2005 die berühmt gewordene Karrikatur „Mohammed mit Bombenturban“ gezeichnet hatte und trotz zahlreicher Drohungen keinen Grund sieht, sich zu „entschuldigen“, erhielt jetzt für seine unbeugsame Haltung den Potsdamer Medienpreis. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** würdigte, „das Geheimnis der Freiheit ist der Mut“, und betonte, dass die Pressefreiheit eines der Wesensmerkmale einer freiheitlichen Demokratie sei. Auch Laudator **Joachim Gauck**, der langjährige Beauftragte für die Stasi-Unterlagen, dankte Westergaard für seinen Mut, sich nicht von Todesdrohungen einschüchtern zu lassen. Keine Unterstützung findet das Eintreten für die Freiheit bei der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bundestag, **Renate Künast**, die mit Blick auf Merkels Würdigung sagte: „Ich hätte es nicht gemacht.“ Westergaard kommentierte seinen Preis bescheiden: „Das ist die größte Anerkennung, die ich bekommen habe, und ich glaube, sie ist gut für die Meinungsfreiheit.“

(au) Die in der Türkei geborene Sozialwissenschaftlerin **Necla Kelek** wird mit dem diesjährigen Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung ausgezeichnet. Die Laudatio hält die Publizistin **Alice Schwarzer**, zu den weiteren Rednern gehört **Wolfgang Gerhardt** als Stiftungsvorsitzender. In der Begründung der Jury heißt es, Kelek trete in der Integrationsdebatte „mit hohem persönlichen Einsatz für mehr Offenheit und Ehrlichkeit“ ein. Dabei beziehe sie stets klar Position für den Wert der Freiheit. Kelek wendet sich in ihrem Werk gegen falsche Toleranz gegenüber dem herkömmlichen Lebensstil im Islam.

(au) **Claudia Bandow**, Redakteurin des OV Wedding bei LC und Bankerin, beeindruckt ihre Parteifreunde in der monatlichen (von OV-Tiergarten-Redakteurin **Katja v. Maur** stets trefflich bewirteten) Runde mit guten Wertpapiertips: Ihr Track Record weist eine Rendite von mehr als 10 Prozent pro Monat aus.

Leserbriefe

Kay Ehrhardt (BV Steglitz-Zehlendorf)

Hallo Nils, eigentlich ja nur kleine Layoutänderungen, aber deutlich bessere Leseeigenschaft. Glückwunsch!

Jan Losemann (OV Gendarmenmarkt)

Im letzten LC beschrieb unsere Bezirksvorsitzende die Ausführungen von Thilo Sarrazin als „schockierend“, „diskriminierend“, „rassistisch“, „vehement einer liberalen und aufgeklärten Geisteshaltung widersprechend“ und „Menschengruppen abschreibend“. Hier frage ich mich, ob ich an insgesamt drei Wochenenden eigentlich das gleiche Buch gelesen habe? Sicherlich muss man Herrn Sarrazin nicht bei allen Schlussfolgerungen zustimmen, zu denen er auf 410 Seiten und nach mehreren hundert fundiert recherchierten Fußnoten gelangt. Man wird Sarrazin allerdings nicht gerecht, wenn man ihn auf das Bild eines verärgerten Zynikers reduzieren und zwischen den Zeilen als Pseudo-Wissenschaftler diskreditieren will. Lieber sollte man sich mit den konstruktiven Vorschlägen auseinandersetzen, welche in seinem Buch gleich dutzendweise enthalten sind. Das hätten auch die zahlreichen Bürger verdient, welche – gerade im Bezirk Mitte – von den von Sarrazin beschriebenen und auch von uns zu lange vernachlässigten Problemen unmittelbar betroffen sind. Ich wünsche mir eine sachorientierte Form der politischen Auseinandersetzung, zu welcher wir im Rahmen des nächsten Bezirksausschusses hoffentlich Gelegenheit haben werden. Dabei sollten wir dann auch besprechen, ob die bisherigen Reaktionen diverser Funktionsträger unserer Partei und ihr überhastetes Aufspringen auf einen vermeintlichen Mainstream in der Sache zutreffend und politisch klug waren. Ich denke nein.

Christoph Sprich (OV Gendarmenmarkt)

Liebe Maren, ich habe mit Interesse Deinen Beitrag auf Seite 3 gelesen und finde es gut, dass Du das Thema Integration adressierst. Ich lese gerade Sarrazins Buch, finde allerdings seine Lageanalyse größtenteils gut – Vererblichkeit hin oder her. Sorge machen mir aber vielmehr seine Lösungsvorschläge, er setzt hier voll auf den Staat, und da sollten wir doch als Liberale dagegenhalten. Meines Erachtens ist der Liberalismus von vornherein ein Integrationsprogramm, Integrationspolitik ist liberale Kernkompetenz. Aber eben nicht durch Ganztagschulen, Kitapflicht, Abschaffung des Kindergelds zugunsten der Förderung von Betreuungseinrichtungen. Zudem sollte die Schule nicht der Lückenbüßer für verfehlte Integrations- und Sozialpolitik sein. Wie auch immer man das sieht, ich fände es gut, das Thema verstärkt auf der Agenda der FDP zu sehen.

Schlusswort

Von der „Menschenverachtung“ meiner Eltern

von Ralf Breitgoff



Realitätsfern, unwürdig, menschenverachtend: die Debatte um die Neuregelung der Hartz IV-Sätze war auch in ihrer Schärfe erwartbar. Die argumentativen Messer waren längst gewetzt. Und selbst wenn die Sätze im Sinne der

Opposition erhöht worden wären. Es wäre nie genug gewesen. Folgte man all diesen Argumenten, gehörten meine Eltern schon längst vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Im Studium – o.k., das ist fast 20 Jahre her – unterstützen mich meine Eltern mit monatlich 1.100 DM. 650 DM davon gingen drauf für Miete und Heizung. Von den restlichen 450 DM musste ich meinen Lebensunterhalt bestreiten. Umgerechnet etwa 230 Euro. Ich habe noch den Satz meiner Eltern in den Ohren: „Eine warme Bude und genug zu essen kannst Du von uns erwarten. Zigaretten, Bier und Auto musst Du Dir schon selbst verdienen.“

Ich fand das einen fairen Deal. Einerseits mussten meine Eltern für die 1.100 DM arbeiten. Andererseits war es auch nur konsequent. Schließlich hatten mir meine Eltern durch das Abitur ja auch den Weg ins Studium eröffnet. „Wer A sagt muss auch B sagen!“, auch so ein Satz meiner Eltern, den ich nicht vergessen werde. Ich kann an all dem nichts Unwürdiges oder gar Menschenverachtendes erkennen.

Künftig bekommt ein Hartz IV-Empfänger 364 Euro. Dazu kommen Wohnung, Heizkosten etc. 364 Euro, das ist nicht viel aber auch inflationsbereinigt mehr als 230 Euro. Kinder bekommen zu ihren 215 bis 287 Euro etwa 250 Euro pro Jahr für Bildung. Das ist möglicherweise noch zu wenig, aber ein richtiger Schritt.

Noch hapert es am Zuverdienst. Als Student konnte ich zwei Monate im Jahr sozialversicherungsfrei arbeiten. Wenn ich unter dem Steuerfreibetrag blieb, konnte ich das Geld komplett behalten. Kein Luxuslärm, aber ein erkleckliches Zubrot. Eine angemessene Anhebung der Zuverdienstgrenzen wird deshalb der Lackmestest für die Hartz IV-Reform.

Ralf Breitgoff (OV Oranienburger Tor)

Termine

Oktober 2010

- 16.10. JuLis Berlin: **Landeskongress** – Info www.julis-berlin.de
- 25.10. 19.00 h DGLI Berlin & FNF: **Diskussionsveranstaltung** „Lebendige Beziehung? Das Verhältnis der Medien zur Außen- und Sicherheitspolitik“ mit Malte Lehming und Dr. Richard Herzinger im Langenbeck-Virchow-Haus (Luisenstr. 58/59)
- 26.10. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), Otto-Suhr-Saal
- 27.10. 19.30 h OV Tiergarten: **Diskussionsveranstaltung** zur Integrationspolitik mit Serkan Tören MdB im Restaurant Dicker Engel (Birkenstr. 44)
- 27.10. 19.30 h OV Oranienburger Tor: **Gespräch** „Ein Jahr schwarz-gelbe Regierung“ mit Staatssekretär Martin Biesel im Thomas-Dehler-Haus (Reinhardtstr. 14)
- 27.10. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 28.10. 19.30 h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – mit Schwerpunktthema Integrationspolitik – im Cum Laude (Universitätsstr. 4)
- 29./30.10. FNF: **Liberales Rechtsgespräch** (29.10. ab 16.00 h, 30.10. ab 10.00 h) mit Staatssekretärin Dr. Birgit Grundmann, Heinz Lanfermann MdB, Stefan Thomae MdB, Detlef Kleinert u.a. in der Hessischen Landesvertretung (In den Ministergärten 5)
- 31.10. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im ProbierMahl (Dortmunder Str. 9) mit Lars Lindemann MdB

November 2010

- 01.11. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Mitgliederversammlung** im Simon (Auguststr. 53)
- 02.11. 19.00 h OV Tiergarten: **Offene Bürgersprechstunde für Wählerinnen und Wähler** mit Dr. Martin Lindner MdB, Henner Schmidt MdA und Peter Pawlowski im Paulaner (Alt Moabit 89)
- 02.11. 20.00 h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 04.11. 19.00 h FNF: **Podiumsdiskussion** „Die Bundeswehr im 21. Jahrhundert“ mit Hellmut Königshaus, Elke Hoff MdB, Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann und Dr. Hilmar Linnenkamp im Friedrichsaal der Deutschen Bank AG (Unter den Linden 13-15)
- 09.11. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Amici (Markgrafenstr./Jägerstr.)
- 10.11. 19.30 h OV Tiergarten: **Vorstand u.a.** im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jacob-Platz 1), Raum 505
- 12.-14.11. JuLis Bundesverband: **Jubiläums-Bundeskongress** in Berlin-Mitte mit großer Jubiläumsfeier – Info www.jubilaeum.julis.de
- 20.11. 19.30 h LV Berlin: **Landesausschuss** – Info www.fdp-berlin.de
- 24.11. 19.30 h OV Hackescher Markt & OV Wedding: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** zum Thema „Die Rolle des Iran im Mittleren Osten – welche Politik gegenüber dem Regime im Iran?“ mit Dr. Rainer Stinner MdB und Saba Farzan im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 24.11. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de
- 28.11. 11.30 h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de. Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.